

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

den Haushalt 2022 kann man kurz und knapp so zusammenfassen: Die fetten Jahre sind fürs Erste vorbei. Der Rückgang der Gewerbesteuererinnahme als unserer Haupteinnahmequelle ist nicht nur pandemiebedingt, sondern wird vorhersehbar unabhängig vom Pandemieverlauf noch ein paar Jahre anhalten. Ob wir dann wieder auf das Niveau der vergangenen Jahre kommen, darf nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Doppelt empfindlich trifft uns natürlich auch die Kreisumlage: berechnet auf Basis der noch sehr guten Einnahmen aus dem vorvergangenen Jahr wird auch der Kreisumlagesatz spürbar um 1,5 % angehoben. Da darf man schon mal einen kritischen Blick drauf werfen, für was der Landkreis unser schönes Geld denn so ausgibt.

Und siehe da: Nein, es sind nicht die vom Landkreis gesteuerten paramilitärischen Einheiten, von denen der Herr Kreisrat Maier aus Soyen recht exklusiv zu berichten weiß, sondern u.a. das neue Klinikum, das derzeit in Gabersee entsteht, der Ausbau und die Sanierung der Berufsschule im unteren Burgerfeld und die Verbesserung des ÖPNV auch im nördlichen Landkreis, dessen Mittelzentrum wir sind. Es ist also keineswegs so, dass wir von der Kreisumlage nicht auch erheblich profitieren würden.

Und zur Wahrheit gehört auch: trotz der geringfügigen Erhöhung leistet sich der Landkreis Rosenheim immer noch einen der niedrigsten Umlagesätze oberbayernweit. Der wurde über die letzten Jahre kontinuierlich gesenkt, vor 10 Jahren lag der Satz noch bei 51%. Der Landkreis ist in Übereinstimmung mit seinen Gemeinden immer an die Grenzen des für ihn Machbaren gegangen, jedes mal verbunden mit der Ankündigung, im Bedarfsfall auch wieder erhöhen zu können. Heuer ist es also so weit – und natürlich kommt die Erhöhung aus unserer Sicht zur absoluten Unzeit – aber beschweren dürfen wir uns ganz ehrlich nicht.

Also weniger Einnahmen, dafür heuer eine deutlich erhöhte Kreisumlage – logische Folge ist, dass wir heuer nicht einmal mehr eine Million Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt einplanen können.

Als zusätzliche Belastung ist der Defizitausgleich für das Badria pandemiebedingt deutlich höher als in den Vorjahren. Natürlich wird die Kreisumlage im kommenden Jahr weniger werden, weil sie sich aus der geringeren Umlagekraft von 2021 berechnen wird. Und es bleibt die Hoffnung, dass mit einem Abflachen der noch kommenden Pandemiewellen auch das Badriadefizit wieder einen irgendwie

erträglichen Rahmen bekommt. Dass der Defizitausgleich fürs Badria deutlich über der möglichen Zuführung zum Vermögenshaushalt liegt, wird daher die absolute Ausnahme bleiben. Trotzdem wird klar, dass dieses Defizit auf Dauer nicht mehr nur ein Problem für die Stadtwerke, sondern für den gesamten Stadthaushalt ist.

Der richtige, aber müßige Hinweis, dass städtische Bäder grundsätzlich immer defizitär sein werden und der ebenso richtige Vorsatz ein familienfreundliches Bad mit sozialverträglichen Preisen anbieten zu wollen, darf kein Alibi mehr sein, sich vor vermutlich auch unpopulären, aber notwendigen Maßnahmen wegzuducken.

Trotz allem bietet der Haushalt immer noch eine ganze Reihe von Maßnahmen. Flapsig gesagt ist da für jeden was dabei, so dass im Grunde alle diesem Haushalt mehr oder weniger zufrieden zustimmen können – auch wir als Grüne Fraktion, so viel kann ich schon mal vorweg schicken. Doch hat die Verwaltung während der Haushaltsberatungen mehrfach drauf hingewiesen, dass man nicht alles davon wird umsetzen können. Das Problem ist dabei weniger ein unmittelbar finanzielles, sondern in erster Linie ein personelles. So viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie wir in der Verwaltung bräuchten, um alle unsere Ideen und Wünsche umzusetzen, würden das letzte bisschen finanziellen Spielraum, den wir im kommenden Jahr haben, dann komplett zunichte machen.

Nur sollte ein Beschluss über einen Haushalt ja immer auch eine politische Richtungsentscheidung sein: was ist uns als Stadtrat wichtig, was wollen wir umsetzen? Ist uns im Zweifelsfall der Calisthenics-Park im Garten wichtiger als die PV-Anlage auf dem Dach? Oder ist uns der Biketrail näher als der inklusive Spielplatz? Wenn wir schon wissen, dass wir über kurz oder lang vor solchen Fragen stehen, dann müsste der nächste Schritt sein, dass wir eine entsprechende Priorisierung der Maßnahmen – die alle unbestreitbar wünschenswert und richtig sind - vornehmen. Wahrscheinlich werden wir dann schnell feststellen, dass der Haushalt, den wir heute – vielleicht – in großer Einmütigkeit verabschieden dann doch von jeder Fraktion anders verstanden wurde.

Bei den Haushaltsberatungen waren wir uns einig, dass wir uns jetzt dann intensiv um unsere Grundschule am Gries kümmern müssen. Da steht jetzt zunächst mal - neben der leidigen Kellersanierung - nur eine Machbarkeitsstudie an, zur notwendigen Erweiterung, der Turnhallensituation und der Möglichkeiten für die Mittagsbetreuung.

Möglich wird das alles aber erst sein, wenn wie geplant den Wertstoffhof verlagert und dabei auch auf ein zeitgemäßes Niveau gebracht wird. Die Verwaltung hat dazu alles vorgearbeitet, was es vorzuarbeiten gab. Wir wissen, dass wir nicht auskönnen und dass geeignetere Grundstücke als das jetzt ins Auge gefasste nicht vom Himmel fallen werden. Wenn wir das weiter verzögern, obwohl wir jetzt schon wissen, dass

wir es nie allen Ortsteilen gleichermaßen Recht machen können werden, dann verlängern wir eben nicht nur die bekannten Missstände am jetzigen Wertstoffhof, sondern verzögern auch die notwendigen Maßnahmen an der Grundschule.

Man darf nicht vergessen, dass mit der wachsenden Ganztagesbetreuung die räumlichen Kapazitäten immer mehr an ihre Belastungsgrenze kommen. Moderner Unterricht, Mittagsverpflegung, Hausaufgabenbetreuung etc. brauchen einfach mehr und anders gearteten Platz. Hier werden Investitionen in die Zukunft unserer Kinder notwendig, die sich auszahlen werden.

Davon abgesehen sind die städtischen Schulen, Kitas und Kindergärten gut ausgestattet – so zumindest die Rückmeldungen, die unsere Referentin für Schulen und Kindergärten aus den Einrichtungen erhält. Neben regelmäßigen Investitionen in das Mobiliar wird die digitale Infrastruktur weiterhin ausgebaut und gut gewartet. Auch bei kurzfristigen Engpässen, wie z.B. dem Fehlen einer ganzen Kindergartengruppe, hat die Stadt eine schnelle und unkomplizierte Lösung gefunden. Die Kommunikation mit den anderen Trägern kann und muss hier aber noch ausgebaut werden.

Die, nach zähem Ringen im Stadtrat dann doch zügig angeschafften Luftfilter, haben gezeigt, dass auch im laufenden Haushaltsjahr flexibel reagiert werden kann - da können sich andere Sachaufwandsträger ein Beispiel nehmen.

Zu den Projekten, von denen wir hoffen, dass sie die vorhin angemahnte Priorisierung überstehen, gehört die Neugestaltung des Spielplatzes am Holzhofweg, die nach Abschluss der Maßnahmen am Schöpfwerk angegangen werden soll. Hier soll eine inklusive Gestaltung verfolgt werden, also ein Spielplatz für Kinder mit und ohne Behinderung und damit endlich der Einstieg in die Umsetzung eines Antrages der Grünen Fraktion aus dem Jahr 2017.

Erfreulich ist aus unserer Sicht auch die geplante Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien, wie z.B. die geplanten PV-Anlagen an der Mittelschule und der Grundschule Reitmehring und am Friedhof am Herder. Das sind jetzt natürlich immer noch nicht das Tempo und der Umfang, die wir bei der Energiewende dringend bräuchten, aber immerhin stimmt jetzt mal die Richtung.

Wichtig wäre, dass der Energiedialog jetzt dann endlich wirklich mal das tut, wofür er laut Beschluss wirklich da ist: der Stadt konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele unterbreiten. Auch da hat die Pandemie natürlich vieles ausgebremst und als nächstes gilt es wieder einen Wechsel in zentraler Funktion zu verdauen – wir verlieren sozusagen unseren Spielmacher. Das ist alles nicht förderlich, aber mein Eindruck ist doch, dass die Motivation im Arbeitskreis nach wie vor groß ist und mit dem Beitritt zum European Energy Award ergeben sich neue

Impulse und Möglichkeiten.

Erfreulich ist in jedem Fall, dass es jetzt, wenn schon nicht in der EU, aber zumindest wohl im Stadtrat und der Stadtverwaltung Wasserburg allgemein anerkannt wird, dass fossiles Gas kein Energieträger mit großen Zukunftsaussichten ist und zudem geopolitisch problematisch. Daher will man beim geplanten BHKW im Bereich VHS und Bibliothek auf Hackschnitzel aus den eigenen Wäldern zurückgreifen. Kaum schreibt man es 10 Jahre in Folge in die Haushaltsanträge, schon wird es aufgegriffen – wo wird das noch hinführen?

Vielleicht ja tatsächlich noch mal zu einer fahrradfreundlichen Stadt! Die Haushaltsmittel zur Verbesserung der Infrastruktur bzw. zur Behebung der eklatantesten Mängel stehen schon mal zur Verfügung. Das taten sie allerdings schon im letzten Jahr, passiert ist allerdings leider wenig.

Dafür haben wir drei oder viermal über die künftige Radlabstellanlage am Bahnhof Reitmehring diskutiert, vor allem darüber, warum auch ein normgerechter Radlstander praxisuntauglich sein kann. Und jedes mal musste man inhaltlich wieder ganz von vorne anfangen. Nachdem ich das schon ermüdend gefunden habe, wie muss es da den Kolleginnen und Kollegen ergangen sein, die sich für Radlverkehr jetzt nicht so intensiv begeistern können?

Also schauen wir, dass 2022 was vorwärts geht. Dass nicht die komplette Mängelliste vom ADFC abgearbeitet werden wird, ist klar. Schön wäre aber, wenn wir die wenigstens von vorne schneller abarbeiten könnten, als hinten neue Mängel nachwachsen.

Schön wäre auch, wenn Maßnahmen für den Radverkehr wirklich zielgerichtet wären. Das heißt, sie sollten auch wirklich und in erster Linie der Verbesserung der Fahrradinfrastruktur dienen und nicht hauptsächlich der Erschwerung der Reaktivierung von Eisenbahninfrastruktur.

Zielgerichtet heißt aber auch, dass man nicht die tatsächlich schwersten Mängel und größten Lücken im Radwegenetz, nämlich den Bereich Rote Brücke, Rosenheimer Straße und Salzburger Straße, in einer sogenannten Machbarkeitsstudie zusammenfasst, wenn diese Machbarkeitsstudie dann darin besteht, dass ein unmotivierter Planer auf einem Großteil der Salzburger Straße schon gleich gar keine Mängel erkennen mag und für den Rest eine lose Sammlung halbgarer Ideen wenig überzeugt, geschweige denn überzeugend präsentiert.

Wenn es einem mit der Verbesserung der Fahrradinfrastruktur wirklich ernst ist, dann darf man so eine traurige Vorstellung wie von diesem Planer eben nicht schicksalsergeben und schulterzuckend hinnehmen. Und schon gar nicht darf man mit

so mauen Ergebnissen als nächstem Schritt bei Straßenbauamt vorstellig werden wollen.

Denn natürlich fühlen sich unsere Straßenbauämter ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Das Problem ist, dass sie diesen Auftrag rein auf den Auto- und Lkw-Verkehr beziehen und die Belange von Fußgängern, Radfahrer und dem ÖPNV ausblenden. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir beim Thema „Durchfahrt der Busse durch Klinikgelände Gabersee“ lästig bleiben, jetzt zum Glück auch mit Unterstützung der Kreis- und Bezirkskliniken, die lange genug Teil des Problems und nicht Teil der Lösung waren.

Schließlich beginnt beim Stadtbus in wenigen Tagen mit der Einführung des 30-Minuten-Takts eine neue Zeitrechnung. Und die schlägt sich im Haushalt gar nicht so massiv nieder, wie man ursprünglich mal angenommen hatte. Manchmal hat man bei Ausschreibungen auch Glück.

Gut ist auch, dass mit dieser Verbesserung des Fahrtangebots eine Verbesserung der Haltestellen einhergeht, sowohl optisch als auch hinsichtlich der Barrierefreiheit. Mit den Haltestellen am Badria, der Ponschabaustaße und der Konradkirche fangen wir da wirklich mit den Haltestellen an, die das am nötigsten haben.

Jetzt müssten nur noch die Wasserburgerinnen und Wasserburger von diesen tollen Neuigkeiten erfahren. Und deswegen war immer Konsens, dass die Einführung des Halbstundentakts von einer großen Marketingoffensive begleitet wird.

Nur: wenn wir Grünen da in den Haushaltsberatungen nicht nachgehakt hätten, dann wäre das anscheinend wieder in Vergessenheit geraten. An der Stelle Dankeschön an den gesamten Stadtrat, dass wir da mit dem kostenlosen Stadtbusmonat im Februar so schnell und unbürokratisch eine Marketingmaßnahme beschlossen haben.

Das wird für viele Bürgerinnen und Bürger, die dann zufällig mit dem Bus fahren sicher eine schöne Überraschung werden. Weil nämlich von diesem kostenlosen Stadtbus im Februar auch schon wieder kaum was zu lesen ist, auch wenn es jetzt doch jeweils einmal auch in der Zeitung und der Wasserburger Stimme gestanden ist. Oder man verirrt sich auf der Internetseite der Stadt zu den entsprechenden Seiten, während z.B. gleichzeitig auf Facebook gerade eine Serie der schönsten Webcamaufnahmen der Innfront aus dem Jahr 2021 präsentiert wird..

Vielleicht habe ich da überkommene Vorstellungen, aber eine Marketingkampagne, nach der ich schon fast gezielt suchen muss, um drüber zu meckern, ist jetzt nicht ganz das, was ich mir unter einer Marketingkampagne vorstelle. Und auch, wenn es schon in der Zeitung gestanden ist, hört Marketing da noch lange nicht auf, sondern fängt erst richtig an.

Das ist jetzt alles nicht so böse gemeint, wie es wahrscheinlich klingt und natürlich wissen wir alle, was der Herr Hiebl leistet und was wir an ihm haben. Und weil wir gerade beim Stadtbus sind, kann man ihn an dieser Stelle eigentlich gar nicht genug würdigen. Aber bitte: dieses wirklich tolle Stadtbusangebot gehört jetzt endlich auch entsprechend unter die Leute gebracht. Und da kann es mit dem kostenlosen Angebot im Februar auch nicht getan sein, das ist jetzt durchaus eine Daueraufgabe.

Ein gutes ÖPNV-Angebot hat auch im ländlichen Raum das Potenzial, Menschen zu einem sozial- und umweltverträglicheren Mobilitätsverhalten zu bewegen. Als Politik haben wir hier viele kleine Möglichkeiten, Anreize zu schaffen. Und nachdem jahrzehntelang systematisch die genau falschen Anreize geschaffen wurden, sollte man auch keine dieser Möglichkeiten grundsätzlich außer Acht lassen. Und dazu gehört nun einmal auch – abgesehen vom Einfluss auf unseren Haushalt - die Steuerungsfunktion von Parkgebühren.

Wir akzeptieren dass mitten in einer Pandemie mit wirklich schwierigen Bedingungen für unsere Einzelhändler, nicht jeder den Zeitpunkt für sehr gelungen hält, über eine Erhöhung zu diskutieren. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es wird sicher auch bei den Haushaltsberatungen 2023 nicht schaden, mal etwas Feuer in die harmonischen Beratungen zu bringen und wir haben auch schon eine gewisse Vorahnung, wer dann wieder 1.000 Gründe gegen eine Erhöhung parat haben wird.

Wir werden dann auch schon intensiver über das Feuerwehrhaus in der Altstadt, über die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum an der ehemaligen Essigfabrik, hoffentlich auch über eine Nachnutzung des dann ehemaligen Klinikgeländes und Vieles mehr hin- und herberaten.

Für heuer bedanken wir uns wie jedes Jahr bei der Verwaltung, insbesondere dem Kämmerer. Die Grüne Stadtratsfraktion stimmt der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan der Stadt Wasserburg und der Heiliggeist-Spitalstiftung zu. Für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke darf ich an die Werkreferentin übergeben.